



## China – Report

November 2022

### 1) China bekommt neues privates Rentenversicherungssystem

Die chinesischen Behörden haben entscheidende Schritte zur Einführung des neuen privaten Rentenversicherungssystems des Landes umgesetzt. Mit zentralen [Ausführungsvorschriften](#) zur Umsetzung kommt der Stein für das neue System, welches bereits im April vom Staatsrat angestoßen wurde, ins Rollen. Fünf Ministerien und Behörden haben die Ausführungsvorschriften gemeinsam verfasst: das Ministerium für soziale Sicherheit, das Finanzministerium, die staatliche Steuerbehörde und die Kommissionen für die Regulierung von Banken und Versicherungen.

In dem Vorschriftendokument wird ausgeführt, wie das neue System gestaltet sein soll. Demnach können Versicherungsmitglieder freiwillige Beiträge abführen, mit denen Banken Investitionen mit Auszahlung ab Rentenbeginn tätigen. Mitglieder eröffnen dazu ein Konto bei ihrer Bank sowie eines bei einer staatlichen Managementplattform. Aktuell soll der monatliche Höchstbetrag für Einzahlungen bei 12.000 Yuan liegen. Eingezahlte Summen senken dabei die Einkommenssteuer.

Mit dem neuen Versicherungsangebot soll die bislang stark vernachlässigte dritte Säule der Rentenversicherung im Land gestärkt werden. Neben dem staatlichen und dem betrieblichen Rentenversicherungssystem fristet die private Rentenvorsorge in China bislang ein Nischendasein. Immobilienerwerb ist für viele Bürger der einzige Weg zu privater Vorsorge. Mit dem neuen Plan wird erwartet, dass die Versicherungs- und Bankenwirtschaft Zugang zumindest zu einem Teil der Billionen an Werten auf den Konten chinesischer Sparer erhält.

### 2) Baerbock kritisiert Hafen-Deal mit Cosco

Annalena Baerbock kritisiert die Entscheidung des Bundeskabinetts für den Einstieg der chinesischen Reederei Cosco in einen Terminal-Betreiber im Hamburger Hafen.

Auch wenn die Beteiligung von ursprünglich 35 Prozent auf nur noch 24,9 Prozent reduziert wurde und der chinesische Investor damit keine Geschäftsunterlagen einsehen oder Entscheidungen beeinflussen kann, sagte die Außenministerin der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“: "Ich hätte es bekanntermaßen richtig gefunden, wenn sie gar nicht daran beteiligt wären."

Baerbock wies dabei auf Erfahrungen hin, wonach Chinas Beteiligungen an wichtigen Teilen der Infrastruktur zu Abhängigkeiten führten, aus denen man nicht so schnell wieder herauskomme. Die Bundesregierung hatte das Terminal Tollerort in Hamburg allerdings nicht als kritische Infrastruktur eingestuft. "China verbietet es, dass ausländische Unternehmen in deren Infrastruktur investieren können, verbietet Unternehmen, in China (...) aktiv zu sein. Und wir erlauben dann all das in unserem Land?", sagte Baerbock. "Auch das ist doch eine absolute Wettbewerbsverzerrung."

Die Grünen-Politikerin erinnerte daran, dass im Koalitionsvertrag ein neuer Kurs gegenüber China verabredet worden sei. China verändere sich und werde immer autoritärer, schotte sich immer stärker ab und halte sich



## China – Report

November 2022

---

nicht an internationales Recht. Trotzdem könne man sich von dem Land nicht einfach abkoppeln, weil man versuchen müsse, globale Fragen wie Klimaschutz auch mit Peking zu besprechen.

### 3) China verabschiedet ein neues Gesetz zum Schutz von Frauen

China hat ein neues Gesetz verabschiedet, das Frauen besser vor geschlechtsspezifischer Diskriminierung und sexueller Belästigung schützen soll. Das Gesetz ist nach einer dritten Überarbeitung und umfangreichen öffentlichen Beiträgen dem obersten Gesetzgeber des Landes vorgelegt worden. Die Gesetzgebung kommt vor dem Hintergrund, dass Aktivisten ihre Besorgnis über die zunehmende Rhetorik der Regierung über den Wert traditioneller Frauenrollen und restriktivere Einstellungen zur Abtreibung zum Ausdruck gebracht haben.

Es ist noch nicht klar, inwieweit sich diese konservativeren Einstellungen im neuen Gesetz widerspiegeln werden. Einzelheiten zu den Rechtsvorschriften nach ihrer Verabschiedung waren nicht sofort verfügbar. Es ist das erste Mal seit fast 30 Jahren, dass das Frauenschutzgesetz geändert wurde. Der Gesetzentwurf mit dem Titel „Frauenrechte und Interessenschutzgesetz“ wurde zunächst dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) vorgelegt. **Der NVK gab auf seiner Website bekannt, dass das Gesetz verabschiedet wurde.** Zehntausende von Menschen hätten Vorschläge eingereicht, was in der Gesetzgebung zu sehen sei, teilte der NVK auf seiner Website mit. Die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua sagte, dass die Gesetzgebung „den Schutz der Rechte und Interessen benachteiligter Gruppen wie armer Frauen, älterer Frauen und behinderter Frauen stärkt“.

**Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua werden Arbeitgeber zur Rechenschaft gezogen, wenn die Arbeits- und Sozialversicherungsrechte und Interessen von Frauen verletzt werden. Zudem soll der Menschenhandel und dessen Förderung deutlich stärker unter Strafe gestellt werden.**

Die Verantwortung lokaler Behörden zur Rettung entführter Frauen wurde unmissverständlich klargestellt, sagte Xinhua. Bilder, die Anfang dieses Jahres online gestellt wurden und eine Frau in Ketten zeigten, sorgten für Empörung und lösten eine Debatte über den Umgang mit Menschenhandel aus, insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen das Problem seit Jahren dokumentiert ist.

### 4) Chinesisches Stellantis Joint Venture meldet Insolvenz an

Das Joint Venture von Stellantis NV mit der Guangzhou Automobile Group hat beschlossen, Insolvenz anzumelden und bringt den europäischen Autohersteller damit einen Schritt näher an den Ausstieg aus der Produktion in China. Beide Mutterunternehmen hätten sich dazu entschieden, für das gemeinsame Unternehmen GAC Fiat Chrysler Automobiles Insolvenz in einem verlustbringenden Zusammenhang anzumelden, sagte Stellantis in einer Erklärung.

#### **Stellantis erwägt, die gesamte Autoproduktion in China zu beenden**

Der Autohersteller schrieb den Wert seiner Beteiligung an dem Unternehmen vollständig ab, nachdem er die Produktion von Jeeps in China eingestellt hatte. Das Unternehmen werde weiterhin Dienstleistungen für



## China – Report

November 2022

bestehende und zukünftige Jeep-Kunden in China erbringen, hieß es. Carlos Tavares, Chief Executive Officer von Stellantis, deutete Anfang dieses Monats an, dass er auch die Produktion von Peugeot- und Citroen-Autos in China einstellen könnte und sagte, das Unternehmen könnte eine „Asset-light“-Strategie für diese Marken umsetzen. Auch Opel, eine weitere Marke von Stellantis, hatte im vergangenen Monat bekanntgegeben seine Expansion in China zu pausieren.

### 5) China und Vietnam unterzeichnen Kooperationsabkommen zu Lieferketten

China und Vietnam unterzeichneten anlässlich einer Reise des vietnamesischen Staatschefs Ngyuen Phu Trong nach China [13 Abkommen zu Verbesserung des bilateralen Handels](#). Schwerpunkt ist dabei die Sicherung chinesischer Rohstoffe für die Industrie Vietnams.

Die Wirtschaften der beiden hängen stark von der Produktion von Exportgütern ab. Insbesondere das rohstoffarme Vietnam benötigt Rohstoffimporte, um die eigene Industrie am Laufen zu halten. Seit Beginn der Corona-Pandemie litt Vietnams Wirtschaft dabei unter Lieferkettenunterbrechungen aus China.

Zwar habe Vietnam gute Beziehungen zu China, doch nicht die Kraft, die Rohstofflieferungen zu kontrollieren, sagte Jack Nguyen von der Beratungsagentur Mazars in Ho Chi Minh City. Die Entscheidung über Rohstofflieferungen treffe China allein, so Nguyen.

Für zahlreiche Industriezweige haben die Unterbrechungen der Lieferketten aus China gravierende Folgen, berichtet die Agentur Dezan Shira. So litten vietnamesische Textilhersteller unter den bei Lockdowns in China regelmäßig auftretenden Unterbrechungen von Garn. Auch die Lieferung von Komponenten für Elektronikunternehmen wie Samsung Vietnam per Landweg sei regelmäßig von der Schließung von Grenzübergängen zwischen China und Vietnam betroffen, so der Bericht von Dezan Shira.

Unter den 13 unterzeichneten Abkommen befindet sich daher auch eine Absichtserklärung zur Sicherung der Lieferketten zwischen beiden Ländern. In einer gemeinsamen Erklärung betonten China und Vietnam ihren Willen, das Memorandum umzusetzen und für sichere und stabile Produktions- und Lieferketten zwischen beiden Ländern sorgen zu wollen.

### 6) Studie zur Wahrnehmung Chinas in der amerikanischen Bevölkerung

Die Bedeutung, die US-Amerikaner dem Handel mit China für die USA beimessen, hängt sehr stark vom ökonomischen und sozialen Status der jeweiligen befragten Person ab. Dies belegte eine [Studie](#) des National Opinion Research Centers an der University of Chicago im Auftrag des East-West Centers, einer Forschungsorganisation mit Sitz in Hawaii.

Es gebe einen großen Unterschied zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten auf der einen und breiten Bevölkerungsschichten auf der anderen Seite.



## China – Report

November 2022

48 Prozent der von der Studie befragten Personen aus der Gruppe der als „Elite“ bezeichneten Personen – gewählte Funktionsträger, Beamte und Unternehmensführer – meinten, dass der Handel mit China für die USA extrem oder sehr wichtig sei. Bei der als „Allgemeinheit“ bezeichneten Gruppe – ein repräsentativer Durchschnitt der Bevölkerung – stimmten nur 25 Prozent dieser Einschätzung zu. 54 Prozent der Gruppe „Elite“ stimmte der Aussage zu, dass der Handel mit China in ihrem jeweiligen Bundesstaat in den USA viele Arbeitsplätze schaffen. Unter der Gruppe der durchschnittlichen Bevölkerung stimmten nur 30 Prozent dieser Aussage zu.

Für Limaye ist dieses Ergebnis besorgniserregend. Es müsse besonders angesichts der wieder anlaufenden Neubelebung des bilateralen Verhältnisses zwischen den USA und China Berücksichtigung finden.

Hsieh Ching-fang, stellvertretende Herausgeberin bei der taiwanischen Storm Media Group, erklärt das Ergebnis durch Unterschiede im Zugang zu Informationen. Während die politischen und wirtschaftlichen Eliten mehr Informationen zu Asien lesen würden, läge der Schwerpunkt der durchschnittlichen US-amerikanischen Öffentlichkeit auf Lokalnachrichten.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

### Kontakt:

FIVV AG  
Herterichstraße 101  
Telefon +49 89 374100-0  
Telefax +49 89 374100-100  
[www.fivv.de](http://www.fivv.de)

### Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter [www.universal-investment.com](http://www.universal-investment.com) erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.